

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 119 (1993)
Heft: 32

Artikel: Referendum gegen die Anti-Rassismus-Gesetzartikel : Politiker wollen Rassenvermischung
Autor: Raschle, Iwan / Kamensky, Marian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-614208>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

VON IWAN RASCHLE

Antischweizerischer geht es nicht mehr: Das Parlament will dem Volk einen Maulkorb verpassen und ein Gesetz zum Schutz der Ausländer und Andersrassigen erlassen. Wozu die Ausländer schützen? Ein Skandal! Wenn die in der Junisession vom Parlament beschlossenen neuen Strafrechtsartikel gegen die sogenannte Rassendiskriminierung in Kraft treten, ist schon bald ausgejast am Stammtisch im Schweizerhof. Kein Wirt wird künftig sein eigenes Restaurant von ausländischen Elementen freihalten oder diese

schon genügend Probleme mit den Ausländern im eigenen Land hätten. Mit den Welschen zum Beispiel. Oder den JU-Rassiern.

Keine Bräuche mehr

Das neue Rassendiskriminierungsgesetz will, die Aktion für freie Meinungsäusserung hat das klar erkannt, nur eines: die Völkervermischung. Und das Parlament, vom Volk gewählt, unterstützt das noch! Künftig sollen, so enthüllen die freien Meinungsäusserer Walter Fischbacher (St. Gallen) und Emil Rahm (Hallau) in ihrem jüngsten Bulletin, gemischtras-

ablehne, werde «mit primitiven Schlagworten diffamiert».

Mit dem Strafgesetz gegen Rassendiskriminierung wolle die Mehrheit der eidgenössischen Räte dem Schweizervolk (!) einen Maulkorb verpassen, damit es sich gegen die verfehlte Einwanderungspolitik und die Überfremdung nicht mehr wehren könne. «Wer dann noch öffentlich Ausländer kritisiert, kann mit Busse oder Gefängnis in unbestimmter Höhe bestraft werden! Bücher und Zeitschriften, deren Texte sich gegen die Überfremdung wehren, können verboten werden», warnt das Referendumskomitee. Und:

Referendum gegen die Anti-Rassismus-Gesetzesartikel

Politiker wollen Rassenvermischung

rausschmeissen können, und schon bald werden Helvetiensa Jasser mit Tamilen an ein und demselben Tisch sitzen müssen. Und womöglich nicht mal mehr mit deutschen Karten spielen können! Als ob wir in Sachen Jassen (und überhaupt) nicht

sige Organisationen und Vereine gefördert werden. «Einheimische Vereine (Trachten-, Musik-, Mundart-, Gesangs- und andere Folklore und Bürgervereine) könnten nicht mehr gezielt gepflegt werden», und wer den Rassenvernichtungswahn

«Denunzierungen und Hausdurchsuchungen rücken in greifbare Nähe.»

Fischbacher und Rahm zeigen dem Schweizervolk klar auf, worum es eigentlich geht: Was linke Staatsdemonierer zur Lähmung der korrekt und sau-

MEMOPRESS

CH-8215 Hallau

T.053 61 31 44

An Zeitungsredaktionen

zum Abdruck 17.7.93

Referendum gegen "Rassendiskriminierungs-Strafgesetze ergriffen

pd. Die "Aktion für freie Meinungsäusserung - Gegen UNO-Behormung" hat sich "im Vertrauen auf die Mithilfe unserer Bürgerinnen und Bürger" **trotz Ferienzeit** entschlossen, das Referendum gegen die "antischweizerischen" Strafgesetzeartikel 261bis StGB und 171c des Militärstrafgesetzes zu ergreifen, die in der Junisession 1993 durch 114 von 200 Nationalräten und 34 von 46 Ständeräten beschlossen wurden.

ber arbeitenden Bundespolizei benutzen, die sogenannte Fischenaffäre, wünschen sie selbst herbei. All jene, die sich für die Erhaltung der reinen Schweizer Rasse einsetzen, sollen bespitzelt, verfolgt und womöglich sogar interniert werden. Eine Diskriminierung der Schweizer Rasse! Denn die Abwehrhaltung gegen Ausländer, ja selbst das Beschimpfen und Verfolgen dieser, hat überhaupt nichts mit Rassismus zu tun. Das Komitee beruft sich auf Dr. Peter Stalder, der in der *Neuen Zürcher Zeitung* (NZZ) geschrieben hat: «Nicht mit Rassismus zu verwechseln ist eine Abwehrhaltung, die in der Geschichte jeweils dann entsteht, wenn fremde Menschen in den Lebensraum eines Volkes oder eines Staates eindringen und dadurch das Gefühl der Verunsicherung und der Bedrohung auslösen.»

So sieht es auch der Hallenbadmeister in Bauma, Arthur Manz, der seinen Badegästen nicht zumuten will, das Wasser mit dunkelhäutigen Asylbewerbern teilen zu müssen. Ausser am Donnerstagnachmittag, wenn das Bad auch für die Fremden geöffnet ist, aber dann können die Einheimischen ja zu Hause bleiben.

40 Prozent Ausländer

«Ich bin nicht Rassist, sondern Schweizer», wehrte sich Manz im Zürcher Tages-Anzeiger gegen den Vorwurf, rassistisch zu sein. Rassismus sei vielmehr, «wenn sich ein Schweizer nicht mehr aufführen darf, wie er will.» Und wenn sich die Schweizer immer den anderen anpassen müssten, zum Beispiel eben nicht mehr unter ihresgleichen baden oder im Schweizerhof nicht mehr ungestört von fremdländischem Gesang und Geschwätz ein Bier kippen könnten.

In Bauma und in der ganzen Schweiz gibt es keinen Fremdenhass, sondern lediglich eine Abwehr- und Schutzhaltung.

Dass diese gerechtfertigt ist, zeigt die Enthüllung der Aktion für freie Meinungsäusserung: «In der Bundesverwaltung regen sich Gedanken, den hohen Altersanteil des Schweizervolkes auszugleichen, indem der Ausländerbestand durch Einwanderung (aus dem Orient oder aus Afrika!!!) auf 40 % zu erhöhen sei.» Das Ende der schweizerischen Kultur ist somit in Sicht. Beschleunigt durch ein vom Volk gewähltes Parlament und durch einen Bundesrat, der zwar zur Mehrheit bürgerlich, aber eben doch links unterwandert ist und somit die Reinrassigkeit des Schweizer Volkes gefährdet.

Für die Gegner der neuen Gesetzesartikel ist das Grund genug, nicht nur ein Referendum

gegen das Maulkorbgesetz zu lancieren, sondern mit der Diskriminierung im eigenen Land aufzuräumen und ein Gesetz gegen die Ausgrenzung von ausländerkritischen Schweizern zu erlassen.

Sammelt Unterschriften!

Beispiele solcher himmelschreiender Diskriminierungen gibt es genug: Weshalb muss sich *Schweizerzeit*-Redaktor Ulrich Schlier gefallen lassen, als Redner an einer echt schweizerischen Gegen-1.-August-Feier in Rapperswil erst im zweiten Anlauf zugelassen zu werden? Und weshalb muss sich Max Wahl für seinen *Eidgenoss* fiktive Druckereien aussuchen, weil niemand

seine vaterlandstreuen Texte drucken will? Wieso nur wird dieser rechtschaffene Mann zusammen mit vielen anderen aufrechten und reinrassigen Schweizern daran gehindert, endlich und endgültig klarzustellen, dass Konzentrationslager nie bestanden haben, der sogenannte Genozid an den Juden nie stattgefunden hat und unser aller Adolf nichts anderes als Autobahnen gebaut und für eine neue Weltordnung ohne ausländische und fremdrassige Parasiten gekämpft hat? Und dass wir Schweizer eben doch eine eigene, schützenswerte Rasse sind? Sammelt Unterschriften, Kameraden. Der Führer täte es auch, er ist mit und irgendwie auch in Euch!

